

Antrag

der Abgeordneten Rainer Brüderle, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Uwe Barth, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Michael Link (Heilbronn), Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Max Stadler, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Anti-Rezessionsprogramm auflegen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland befindet sich am Rande einer Rezession. Die Finanzkrise erreicht die Realwirtschaft. Das Geschäftsklima hat sich in den letzten fünf Monaten zunehmend eingetrübt. Die Signale aus wichtigen Wirtschaftssektoren, etwa aus der Automobilindustrie und Teilen des Maschinenbaus, sind geradezu alarmierend. Auftragseinbrüche und Kurzarbeit kommen wieder auf die Tagesordnung. Die Verunsicherung im Einzelhandel vor dem wichtigen Weihnachtsgeschäft wächst.

In einer solchen Situation ist von einer Regierung entschlossenes Handeln gefragt. Doch die Bundesregierung ergeht sich in Einzelmaßnahmen. Ein Konzept hinter der Auflistung von Gebäudesanierungsmaßnahmen, Autohilfen und Handwerkersubventionen ist nicht zu erkennen. Im aufziehenden Wahljahr geht es offensichtlich um die Bedienung von Klientelinteressen. Das beweist wieder einmal: Die schwarz-rote Koalition hat keine gemeinsame Vorstellung davon, wie Deutschland vorangebracht werden kann. Ökonomisch ist der vordergründige Aktionismus substanzlos und damit in der jetzigen konjunkturellen Situation brandgefährlich.

Wenn die Regierung Steuersenkungen eine Absage erteilt, zeigt das, wie wenig volkswirtschaftlich dort gedacht wird. Ihre Begründung, Steuersenkungen seien nicht zielgerichtet, zeugt von etatistischem Denken. Offenbar hält die Regierung die Steuerzahler für unvernünftig. Die Unternehmen und ihre Mitarbeiter mit ihrem Fleiß und ihren Ideen sind zwar in der Lage, soviel Markterfolg zu erzielen, dass sie den Finanzministern in Bund und Ländern immerhin mehr als eine halbe Billion Euro Steuern in die Kasse zahlen. Die Sichtweise der schwarz-

roten Koalition, mit zusätzlichem Netto würden die Bürger Unvernünftiges machen, während die Staatsbeamten, die sich bürokratische Ausgabenprogramme ausdenken oder von Lobbyisten aufdrängen lassen, „zielgerichtet“ vorgehen, ist Ausdruck von planwirtschaftlichem Denken. Die Bundesregierung will den Konsum lenken. Der Kauf von Autos soll gefördert werden; der Kauf von Kühlschränken womöglich ebenfalls. Solche Bevorzugung von einzelnen Produkten verzerrt Marktentscheidungen oder ruft eine schädliche Abwartehaltung bei den Verbrauchern hervor, die der Binnenkonjunktur eher schaden als nutzen.

Wie widersprüchlich die Politik der schwarz-roten Koalition ist, zeigt der Umgang mit der Pendlerpauschale. Diese wurde gekürzt. Jetzt soll der Kauf von Autos mit subventionierten Krediten und der Aussetzung der Kfz-Steuer gefördert werden.

Deutschland braucht kein – wie auch immer bezeichnetes – Konjunkturprogrammchen, sondern ein handfestes Antirezessionsprogramm. Deshalb müssen jetzt Maßnahmen ergriffen werden, die sowohl konjunkturell als auch strukturell wirken und somit die langfristigen Wachstumskräfte in Deutschland stärken. Neben Infrastrukturmaßnahmen können dies nur Steuer- und Abgabensenkungen sein.

Bei der Infrastruktur will die Bundesregierung in den nächsten zwei Jahren jeweils 1 Mrd. Euro zusätzlich investieren. Dieser Schritt war längst überfällig. Er reicht aber bei weitem nicht aus. Allein für den Fernstraßenbau sehen Verkehrsexperten eine jährliche Investitionslücke von 2 Mrd. Euro. Schon die Regierungskommission „Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“ (Pällmann-Kommission) hatte im Jahr 2000 für die Bundesfernstraßen einen Investitionsbedarf von 7 Mrd. Euro pro Jahr nachgewiesen. Tatsächlich jedoch standen im Durchschnitt der letzten fünf Jahre jährlich nur 5 Mrd. Euro zur Verfügung. Gemessen daran, bleiben Infrastrukturmaßnahmen unter Schwarz-Rot dramatisch unterfinanziert.

Die Bundesregierung könnte im Bereich der Steuern und Abgaben sofort konkrete Maßnahmen ergreifen, die beiden Anforderungen – konjunkturelle Wirksamkeit und strukturelle Stärkung der Wachstumskräfte – genügen. Da ist zum einen die steuerliche Absetzbarkeit der Krankenkassenbeiträge, die vom Bundesverfassungsgericht spätestens von 2010 an verlangt wird. Diese Maßnahme könnte ohne weiteres um ein Jahr vorgezogen werden. Außerdem sollte die Bundesregierung nicht das ausstehende Verfassungsgerichtsurteil zur Pendlerpauschale abwarten, sondern sofort die alte Regelung wiederherstellen.

Schließlich sollten die Sozialabgaben und damit die Lohnzusatzkosten gesenkt bzw. zumindest nicht erhöht werden, wie das seit Amtsantritt der Koalition aus CDU/CSU und SPD entgegen der eigenen Aussagen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) der Fall war. Allein mit dem Gesundheitsfonds und dem damit einhergehenden bundesweit einheitlichen Beitragssatz zur GKV ist eine gesetzlich verordnete Anhebung von 0,6 Beitragssatzpunkten verbunden. An die Stelle dieser zentralistischen, bürokratischen Regelung müssen deshalb wieder die Beitragsautonomie der gesetzlichen Krankenkassen und flexible Verhandlungslösungen treten. Zudem ist in der gesetzlichen Rentenversicherung genügend finanzieller Spielraum, um den Beitragssatz um 0,3 Prozentpunkte zu senken. Der für 2009 prognostizierte Überschuss in der gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von fast 3 Mrd. Euro sollte angesichts der wirtschaftlichen Lage nicht zum weiteren Aufbau der bereits hohen Rücklagen der Rentenversicherung, sondern zur Entlastung von Arbeitnehmern und Betrieben eingesetzt werden.

Als Vertrauenssignal an die Unternehmer und Bürger sollte die Erbschaftsteuer in die Kompetenz der Länder übergehen. Es ist zu erwarten, dass der föderale Wettbewerb die heutige Steuerlast von rund 4 Mrd. Euro deutlich senken wird.

Das Volumen dieser Maßnahmen im Umfang von bis zu 26 Mrd. Euro jährlich entspricht etwa einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts, was Ökonomen als konjunkturell wirksame Größenordnung ansehen. Der wachstumsstärkende Charakter ist für die Bürger und die Wirtschaft bedeutsamer und ökonomisch wirkungsvoller als die von der Bundesregierung beabsichtigten Maßnahmen. Doch die Regierung verweigert sich bislang, die notwendigen Entlastungen auf den Weg zu bringen. Das ist mutlos. Das ist phantasielos. Das ist volkswirtschaftlich verantwortungslos.

Der Einwand, die Menschen würden die Entlastungen bei Steuern und Abgaben nicht zum Konsum einsetzen, ist ökonomisch nicht haltbar. Ökonomische Studien belegen, dass zwei Drittel des zusätzlichen Einkommens in den Konsum fließen. Außerdem gilt: Solange die Menschen das zusätzliche Nettoeinkommen in die Geschäfte oder auf die Bank tragen, ist das volkswirtschaftlich völlig in Ordnung. Denn das Sparen der einen ist Voraussetzung für das Investieren der anderen. Fatal wäre es nur, wenn die meisten Menschen das zusätzliche Nettoeinkommen unters Kopfkissen legten. Aber dann ginge es nicht mehr um die Bekämpfung einer Rezession, sondern um das Hineinschlittern in eine Depression.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die vom Bundesverfassungsgericht geforderte steuerliche Absetzbarkeit der Krankenkassenbeiträge schon für das Jahr 2009 zu vollziehen;
2. die Pendlerpauschale in der bis 2006 geltenden Form wieder einzuführen;
3. die Infrastrukturmittel an den tatsächlichen Bedarf anzupassen;
4. die Einführung des Gesundheitsfonds unverzüglich zu stoppen;
5. den Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung zu senken;
6. die Erbschaftsteuer in die Gesetzgebungskompetenz der Länder zu überführen.

Berlin, den 12. November 2008

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

